



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2006-2007

Mittwoch, den 28. Juni 2006, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Donnerstag, den 29. Juni 2006, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Andreas Burckhardt, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin

Abwesende:

28. Juni 2006, 09:00 Uhr *Lukas Engelberger (CVP), Felix Eymann (DSP), Tommy Frey (SVP), Rolf Häring (Bündnis), Roland Lindner (SVP), Emmanuel Ullmann (FDP).*

28. Juni 2006, 15:00 Uhr *Kurt Bachmann (SVP), Tommy Frey (SVP), Rolf Häring (Bündnis), Rolf Jucker (FDP), Roland Lindner (SVP), Gülsen Oeztürk (SP), Donald Stückelberger (LDP), Joël Thüring (SVP), Emmanuel Ullmann (FDP).*

29. Juni 2006, 09:00 Uhr *Andreas C. Albrecht (LDP), Tommy Frey (SVP), Patrick Hafner (SVP), Rolf Häring (Bündnis), Roland Lindner (SVP), Gabi Mächler (SP), Jürg Stöcklin (Bündnis), Joël Thüring (SVP), Emmanuel Ullmann (FDP).*

29. Juni 2006, 15:00 Uhr *Andreas C. Albrecht (LDP), Patrizia Bernasconi (Bündnis), Désirée Braun (SVP), Felix Eymann (DSP), Tommy Frey (SVP), Rolf Häring (Bündnis), Roland Lindner (SVP), Gabi Mächler (SP), Arthur Marti (FDP), Francisca Schiess (SP), Roland Stark (SP), Jürg Stöcklin (Bündnis), Donald Stückelberger (LDP), Joël Thüring (SVP), Emmanuel Ullmann (FDP), Richard Widmer (VEW).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.	3
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.	5
3.	Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Daniel Wunderlin).	6
4.	Wahl eines Mitglieds des Büros (Nachfolge Michel-Remo Lussana).	6
5.	Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Hans Rudolf Brodbeck).	7

6.	Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Hans Rudolf Brodbeck).	7
7.	Wahl eines Mitglieds der Kommission für Denkmalsubventionen (Nachfolge Hans Rudolf Brodbeck).	7
8.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Validierung der Ersatzwahl eines Richters oder einer Richterin an das Appellationsgericht vom 21. Mai 2006.	8
9.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative zur Reduktion der Steuerbelastungen im Kanton Basel-Stadt.	8
10.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative für den Abzug der Krankenkassenbeiträge am steuerbaren Einkommen.	8
11.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates zu den Rechnungen 2005 der fünf kantonalen Museen.	9
12.	Ratschlag betreffend die Bewilligung des Ankaufkredites der Öffentlichen Kunstsammlung Basel für die Jahre 2006 - 2009.	9
13.	Ratschlag betreffend Genehmigung der Rechnung 2005 der Industriellen Werke Basel.	10
14.	Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zur Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2005.	10
17.	Bericht der Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung über die Totalrevision des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB).	12
38.	Resolution zur Unterstützung der Tunnelvariante der Zollfreistrasse	22
16.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Bericht Nr. 05.1364.01 des Regierungsrates zur regionalen Spitalversorgung und zu sieben Schreiben zu Anzügen das Spitalwesen betreffend.	25
18.	Planungsanzüge 1 - 2.	26
19.	Bericht der Petitionskommission betreffend P232 "Pro 4Plus".	27
20.	Bericht der Petitionskommission betreffend P224 "Für Massnahmen gegen Geländefahrzeuge in dichtbesiedelten Gebieten".	27
21.	Bericht der Petitionskommission betreffend P217 "Keine Glaspaläste am Rhein und in der Altstadt - menschliche Architektur".	28
22.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Schreiben Nr. 04.7906.03 betreffend Petition P202 für die Erweiterung der Veloabstellplätze im unterirdischen Veloparking und im oberirdischen Bereich um den Bahnhof SBB.	28
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Kaufmann und Konsorten betreffend Löschwasserversorgung in Basel-Stadt.	29
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Jans und Konsorten betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Entlastung des Agglomerationsverkehrs	29
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Alder Finzen und Konsorten betreffend Ausschreibung eines Wettbewerbs für eine ganzheitliche, nachhaltige Stadt- und Raumplanung.	29
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Stark und Konsorten betreffend Erweiterung des Bussenkatalogs für Abfallsünder.	30

27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Susanne Haller und Konsorten betreffend Umzonung des Pumpwerks Lange Erlen in die Zone für Intensiv-Erholung.	30
28.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 1.5 "Umwelt und Energie" des Politikplans 2006 - 2009.	30
29.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Christian Egeler und Konsorten betreffend "Langfristiges Energiekonzept".	31
30.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Roland Vöggtli und Konsorten betreffend Planung in den Quartieren.	31
31.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Lorenz Nägelin betreffend rauchfreie kantonale Gebäude des Kantons Basel-Stadt und Anrecht auf einen Nichtraucherarbeitsplatz in den kantonalen Betrieben.	31
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Spitalaufenthalt zwecks Ausnüchterung.	32
33.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung"	32
34.	Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Helmut Hersberger und Konsorten betreffend Zukunftsplanung der Pensionskasse.	32
35.	Beantwortung der Interpellation Nr. 43 Ruth Widmer betreffend Situation des Konzertkellers Hirscheneck.	33
36.	Beantwortung der Interpellation Nr. 41 Tanja Soland betreffend international geächtete Munition.	33
37.	Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Michel-Remo Lussana betreffend unrechtmässig bezogener Sozialhilfeleistungen.	33
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	34
	Anhang B: Neue Vorstösse	36

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

(MGT) [28.06.06 09:04:19]

Mitteilungen

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Es sind folgende **Rücktritte** eingegangen:

- Hans Rudolf Brodbeck als Mitglied des Grossen Rates per sofort
- Christoph Zuber als Mitglied des Grossen Rates auf den 30. Juni 2006
- Joël Thüring als Mitglied des Grossen Rates auf den 30. Juni 2006
- Lukas Labhardt als Mitglied des Grossen Rates auf den 31. Juli 2006

Ich danke den Zurücktretenden für die - zum Teil leider nur kurze - Tätigkeit im Grossen Rat und wünsche ihnen für ihre persönliche, berufliche und politische Zukunft alles Gute.

Die in letzter Zeit sich häufenden Rücktritte aus dem Grossen Rat machen nachdenklich. Wäre dieser Grosse Rat ein Unternehmen, müsste ich mir als CEO Vorwürfe bezüglich der häufigen Personalwechsel gefallen lassen. Ich bin froh, dass ich diese Verantwortung nicht auch noch tragen muss und hoffe, dass die Fluktuationen im Rat der Zusammenarbeit keinen Abbruch tun.

Besonders begrüsse ich heute als neues Mitglied des Grossen Rates **Rolf Jucker** (FDP), welcher den Sitz des zurückgetretenen Hans Rudolf Brodbeck einnimmt. Ich wünsche dem neuen Ratsmitglied in der Ausübung seines Amtes viel Erfolg und Befriedigung [*Applaus*].

Wie Ihnen sicher bekannt ist, werden an der Bündelitags-Sitzung keine persönlichen Vorstösse behandelt. Neu eingegangene Vorstösse und Interpellationen kommen am 13. September zur Beratung.

Der Kaffee wird heute morgen gemeinsam von Heidi Mück und Oswald Inglin spendiert. Sie haben beide heute Geburtstag und werden zusammen 95 Jahre alt [*Applaus*].

Ich habe Telebasel gestattet, heute und morgen Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Ich habe im Einvernehmen mit dem Kommissionspräsidenten der Traktandum Nr. 17 (Bericht Spezialkommission mit der Totalrevision der GO und AB) auf heute Nachmittag um 15.00 Uhr terminiert. In der Tagesordnung ist diese Terminierung bereits enthalten.

Tagesordnung

Helmut Hersberger (FDP) und Konsorten haben einen Resolutionsentwurf zur Unterstützung der Tunnelvariante der Zollfreien Strasse eingereicht. Der Resolutionsentwurf wird dem Rat verteilt.

Helmut Hersberger (FDP): beantragt die Resolution auf die Tagesordnung zu setzen.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: stellt in Aussicht, die Resolution - sofern sie auf die Tagesordnung gesetzt wird - am Donnerstag, 29. Juni 2006 um 09.00 Uhr zu behandeln.

Voten: *Beat Jans (SP); Conradin Cramer (LDP); Christophe Haller (FDP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Eduard Rutschmann (SVP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Christoph Zuber (DSP); Christine Locher-Hoch (FDP); Bruno Mazzotti (FDP); Richard Widmer (VEW); Michael Martig (SP); Hermann Amstad (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 71 gegen 44 Stimmen, die Resolution auf die Tagesordnung zu setzen.

Die eingebrachte Resolution wird am Donnerstag, 29. Juni 2006 um 09.00 Uhr beraten.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

(ENG) [28.06.06 09:32:14]

Zuweisungen

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: ich beantrage Ihnen namens des Büros des Grossen Rates zusätzlich zu den im Geschäftsverzeichnis vorgesehenen Zuweisungen den Ratschlag 02.1534.02 (Ratschlag betreffend dem Staatsvertrag zur Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsgesellschaft Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft) der Wirtschafts- und Abgabekommission zuzuweisen. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst stillschweigend, den Ratschlag 02.1534.02 der WAK zur Vorberatung zu überweisen.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: den Fraktionspräsidenten habe ich mitgeteilt, dass das Büro des Landrats des Kantons Basel-Landschaft die Beratung des Universitätsvertrags unter Vorbehalt der Überweisung durch den Regierungsrat bereits seiner Erziehungs- und Kulturkommission überwiesen hat, mit je einem Mitbericht durch die Finanzkommission und die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. Nach unseren Usancen weist der Grosse Rat die Geschäfte erst nach deren Eingang beim Parlamentsdienst zu. Eine bedingte Zuweisung können wir nicht vornehmen. Damit wir aber auch hier mit den partnerschaftlichen Kommissionsarbeiten beginnen können, wird die Bildungs- und Kulturkommission ihre Beratungen nach dem Eintreffen des Ratschlages aufnehmen. Der Regierungsrat hat das Geschäft gestern, 27. Juni 2006, verabschiedet. Ich werde an der Septembersitzung beantragen, den Ratschlag der Bildungs- und Kulturkommission zuzuweisen, sinnvollerweise auch bei uns mit einem Mitbericht durch die Finanzkommission und die Gesundheits- und Sozialkommission. Wir sind dann mit dem landrätlichen Vorgehen deckungsgleich.

Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission: beantragt namens der Finanzkommission, den Schlussbericht zu den Empfehlungen der PUK der Finanzkommission zu überweisen, damit er auf deren Bericht hin im Rat diskutiert werden kann.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, den Schlussbericht zu den Empfehlungen der PUK (FD, 05.1871.02) der Finanzkommission zu **überweisen.**

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Rücktritt von Michel-Remo Lussana als Mitglied des Grossen Rates per 30. Juni 2006 (auf den Tisch des Hauses). (06.5194.01)
- Rücktritt von Michel-Remo Lussana als Mitglied des Büros des Grossen Rates per 27. Juni 2006 (auf den Tisch des Hauses). (06.5199.01)

- Rücktritt von Hans Rudolf Brodbeck als Mitglied des Grossen Rates per sofort (auf den Tisch des Hauses). (06.5201.01)
- Rücktritt von Christoph Zuber als Mitglied des Grossen Rates per Ende Juni 2006 (auf den Tisch des Hauses). (06.5202.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Michel-Remo Lussana betreffend Schaffung einer Sozialinspektion. (WSD, 05.8240.02)
- Dringliche Kreditbewilligung Nr. 1 betreffend Ersatz Vorausrettwagen 41 der Berufsfeuerwehr Basel. (06.0649.01)
- Rücktritt von Joël Thüring als Mitglied des Grossen Rates per 30. Juni 2006. (auf den Tisch des Hauses) (06.5209.01)
- Rücktritt von Lukas Labhardt als Mitglied des Grossen Rates per 31. Juli 2006. (auf den Tisch des Hauses) (06.5210.01)

3. Wahl eines Mitglieds der Wirtschafts- und Abgabekommission (Nachfolge Daniel Wunderlin).

(WA) [28.06.06 09:35:49]

Die SP-Fraktion nominiert Gülsen Oeztürk (SP) als Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, **die Wahlen** in den Traktanden 3, 5, 6, 7 und 8 **offen durchzuführen**, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Gülsen Oeztürk** als Mitglied der Wirtschafts- und Abgabekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Wahl eines Mitglieds des Büros (Nachfolge Michel-Remo Lussana).

(WA) [28.06.06 09:37:34]

Die SVP-Fraktion nominiert Patrick Hafner (SVP) als Mitglied des Büros des Grossen Rates.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Wahlen ins Ratsbüro finden usanzgemäss geheim statt. Als Wahlbüro schlage ich Ihnen vor:

Leiter Wahlbüro: Peter Zinkernagel, Sektor I + V: Peter Malama, Sektor II: Heidi Mück, Sektor III: Jörg Vitelli, Sektor IV: Marcel Rünzi. Sekretariat des Wahlbüros: Sabine Canton.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

Wahlergebnis

[28.06.06 10:07]

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: gibt das Ergebnis der Ersatzwahl in das Büro des Grossen Rates bekannt:

Ausgeteilte Wahlzettel	108
Eingegangene Wahlzettel	107
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	106
Absolutes Mehr	54
Gewählt ist:	
Patrick Hafner (SVP)	76
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	12
Leere Stimmen	18

Diese Wahl ist zu publizieren.

5. Wahl eines Mitglieds der Disziplinarkommission (Nachfolge Hans Rudolf Brodbeck).

(WA) [28.06.06 09:43:51]

Die FDP-Fraktion nominiert Rolf Jucker (FDP) als Mitglied der Disziplinarkommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Rolf Jucker** als Mitglied der Disziplinarkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Wahl eines Mitglieds der Wahlvorbereitungskommission (Nachfolge Hans Rudolf Brodbeck).

(WA) [28.06.06 09:44:59]

Die FDP-Fraktion nominiert Christophe Haller (FDP) als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei einer Enthaltung **Christophe Haller** als Mitglied der Wahlvorbereitungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Denkmalsubventionen (Nachfolge Hans Rudolf Brodbeck).

(WA) [28.06.06 09:45:33]

Die FDP-Fraktion nominiert Roland Vögli (FDP) als Mitglied der Kommission für Denkmalsubventionen.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Roland Vögli** als Mitglied der Kommission für Denkmalsubventionen für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Schreiben des Regierungsrates betreffend Validierung der Ersatzwahl eines Richters oder einer Richterin an das Appellationsgericht vom 21. Mai 2006.

(VAL) [28.06.06 09:46:09, WPKo, 05.8431.01]

Der Regierungsrat und die Wahlprüfungskommission des Grossen Rates beantragen auf das Schreiben einzutreten und die Ersatzwahl einer Richterin des Appellationsgerichts zu validieren.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die im Kantonsblatt vom 24. Mai 2006 publizierte, am 21. Mai 2006 durchgeführte Ersatzwahl eines Richters oder einer Richterin des Appellationsgerichts **zu validieren**.

Demnach ist gewählt worden: **Caroline Cron, CVP**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative zur Reduktion der Steuerbelastungen im Kanton Basel-Stadt.

(RZI) [28.06.06 09:47:07, JD, 05.2065.01]

Der Regierungsrat beantragt, die Initiative für rechlich zulässig zu erklären.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die mit 4'848 Unterschriften zustande gekommene Initiative zur Reduktion der Steuerbelastungen im Kanton Basel-Stadt für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative für den Abzug der Krankenkassenbeiträge am steuerbaren Einkommen.

(RZI) [28.06.06 09:48:07, JD, 05.2112.01]

Der Regierungsrat beantragt, die Initiative für rechtlich zulässig zu erklären.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die mit 4'098 Unterschriften zustande gekommene Initiative für den Abzug der Krankenkassenbeiträge am steuerbaren Einkommen für **rechtlich zulässig** zu erklären.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates zu den Rechnungen 2005 der fünf kantonalen Museen.

(BER) [28.06.06 09:48:57, BKK, ED, 06.5179.01]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates und der Regierungsrat beantragen, die Rechnungen 2005 der fünf kantonalen Museen (Antikenmuseum und Sammlung Ludwig, Historisches Museum, Museum der Kulturen, Naturhistorisches Museum und Öffentliche Kunstsammlung) **zu genehmigen**.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, die Rechnungen 2005 der fünf kantonalen Museen zu **genehmigen**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Ratschlag betreffend die Bewilligung des Ankaufkredites der Öffentlichen Kunstsammlung Basel für die Jahre 2006 - 2009.

(RAT) [28.06.06 09:50:54, BKK, ED, 05.1076.01]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und einen Rahmenkredit für die Jahre 2006 -2009 von insgesamt CHF 3'200'000 zu bewilligen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, der Öffentlichen Kunstsammlung Basel für Ankäufe in ihre Sammlung für die Jahre 2006 - 2009 einen Rahmenkredit von insgesamt CHF 3'200'000 **zu bewilligen**.

DST 2840, KOA 506603, AUF 284031000014.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

13. Ratschlag betreffend Genehmigung der Rechnung 2005 der Industriellen Werke Basel.

(RAT) [28.06.06 09:54:48, FKom, BD, 06.0620.01]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission beantragen, die Rechnung 2005 der Industriellen Werke Basel zu genehmigen.

Voten: *Annemarie von Bidder, Referentin der Finanzkommission*

Patrick Hafner (SVP): beantragt Rückweisung der Rechnung der IWB.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Annemarie von Bidder, Referentin der Finanzkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen, den **Rückweisungsantrag der SVP abzulehnen**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung, die Rechnung der Industriellen Werke Basel für das Jahr 2005 zu **genehmigen**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

14. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zur Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2005.

(BER) [28.06.06 10:08:17, FKom, FD, 06.5146.01]

Die Finanzkommission des Grossen Rates und der Regierungsrat beantragen, die Staatsrechnung 2005 zu genehmigen und den Aufwandüberschuss von CHF 2'732'287 der Staatsbilanz zu belasten.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: gibt den Ablauf der Beratung der Staatsrechnung bekannt:

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission S. 1 - 23 und die Staatsrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission und die Präsidien allfälliger mitberichtender Kommissionen das Wort erhalten, sofern sie es wünschen. Dann spricht die Finanzdirektorin, anschliessend die Fraktionen (je maximal 10 Minuten) und dann die Einzelvotierenden (je maximal 5 Minuten). Das erste Schlusswort zum Eintreten hat die Finanzdirektorin und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Finanzkommission.

Wenn Sie sich dafür entschliessen, die Staatsrechnung departementsweise zu beraten (dazu sind Sie nicht verpflichtet), werden bei jedem Departement zuerst der Präsident der Finanzkommission, dann weitere

Votierende, dann die zuständige Vorsteherin oder der zuständige Vorsteher des jeweiligen Departementes und schliesslich nochmals der Präsident der Finanzkommission sprechen.

Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Genehmigungsantrages auf Seite 35 des Berichts und die Schlussabstimmung.

Der Grosse Rat ist einverstanden.

Voten: *Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Paul Roniger (CVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Daniel Stolz (FDP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)*

Besuch auf der Zuschauertribüne

Der Präsident begrüsst auf der Zuschauertribüne die Schulklasse 2c des Gymnasiums am Münsterplatz mit ihrem Lehrer René Roca. Sie werden die Sitzung verfolgen und sich am Nachmittag mit zwei Mitgliedern des Grossen Rates zu einem Gespräch treffen [*Applaus*].

Voten: *Susanna Banderet-Richner (SP); Richard Widmer (VEW); Patrick Hafner (SVP); Stephan Maurer (DSP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission*

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen.

Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Detailberatung

Baudepartement

keine Wortmeldungen.

Erziehungsdepartement

Voten: *Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Finanzdepartement

keine Wortmeldungen.

Gesundheitsdepartement

Voten: *Rolf Stürm (FDP); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Justizdepartement

keine Wortmeldungen.

Sicherheitsdepartement

Voten: *Patrick Hafner (SVP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD)*

Wirtschafts- und Sozialdepartement

Voten: *Philippe Pierre Macherel (SP); Patrick Hafner (SVP); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Allgemeine Verwaltung und Gerichte

keine Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

Die Staatsrechnung 2005 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der laufenden Rechnung, der Bestandesrechnung per 31. Dezember 2005 und der Investitionsrechnung, wird auf Antrag der Finanzkommission **genehmigt**. Der Aufwandüberschuss von CHF 2'732'287 ist der Staatsbilanz zu belasten. Die Staatsbilanz weist per 31. Dezember 2005 einen Bilanzfehlbetrag von CHF 412'929'680 aus.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Sitzungsunterbruch: 11:55 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 28. Juni 2006, 15:00 Uhr

17. Bericht der Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung über die Totalrevision des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB).

(BER) [28.06.06 15:03:41, SpezKo, 06.5165.02]

Die Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und die vorgeschlagenen Totalrevisionen der Geschäftsordnung des Grossen Rates und der entsprechenden Ausführungsbestimmungen zu beschliessen.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen folgendes Vorgehen:

- Eintretensdebatte zum Bericht der Spezialkommission mit generellen Bemerkungen zum ganzen Entwurf und eventuell kurzer Ankündigung der strittigen Punkte ohne einlässliche Begründung einzelner Anträge
- Beschluss über Eintreten
- Detailberatung und Bereinigung Geschäftsordnung
- Detailberatung und Bereinigung Ausführungsbestimmungen
- Schlussabstimmung über Geschäftsordnung
- Schlussabstimmung über Ausführungsbestimmungen

Sollten im Verlauf der Debatte Änderungsanträge in grösserem Umfang im Rat eine Mehrheit finden, müsste die Schlussabstimmung allenfalls auf morgen verschoben werden, damit ein Redaktionsausschuss über Nacht die Beschlussversion aufbereiten kann. Falls umfangreichere Abklärungen wegen möglicher Inkompatibilitäten notwendig würden, müsste gegebenenfalls eine zweite Lesung im September ins Auge gefasst werden.

Der Grosse Rat ist einverstanden.

Voten: *Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung; Annemarie von Bidder (VEW); Sebastian Frehner (SVP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Thomas Mall (LDP); Anita Heer (SP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); André Weissen (CVP); Christophe Haller (FDP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

A. Geschäftsordnung des Grossen Rates

Titel und Ingress: keine Wortmeldungen

§ 1: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 2 GO

Antrag CVP: neuer Abs. 3:

Der Grosse Rat kann elektronische Live-Übertragungen der öffentlichen Sitzungen oder von Teilen davon zulassen.

Voten: *Hansjörg M. Wirz (DSP); André Weissen (CVP); Gabi Mächler (SP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 84 gegen 3 Stimmen, dem Antrag der CVP-Fraktion **zuzustimmen**.

§ 2 GO erhält einen neuen Abs. 3:

Der Grosse Rat kann elektronische Live-Übertragungen der öffentlichen Sitzungen oder von Teilen davon zulassen.

§§ 3 - 12: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 13 Abs. 1 und 2

Antrag DSP - Neuformulierung Abs. 1 und 2

Abs. 1: Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens **vier** Ratsmitglieder erforderlich.

Abs. 2: Sinkt die Zahl der Fraktionsmitglieder unter **drei**, geht der Fraktionsstatus verloren.

Voten: *Hansjörg M. Wirz (DSP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 62 gegen 35 Stimmen, den Antrag der DSP **abzulehnen**.

Antrag

§ 14 Abs. 1 GO

Antrag VEW - Ergänzung Abs. 1

Bei der Bestellung der ständigen und der besonderen Kommissionen sind die Fraktionen im Verhältnis ihrer Stärke zu berücksichtigen. **Jede Fraktion hat Anspruch auf mindestens einen Sitz in Kommissionen mit 11 und mehr Mitgliedern.**

Voten: *Annemarie von Bidder (VEW); Andreas C. Albrecht (LDP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen, den Antrag der VEW **abzulehnen**.

§ 15: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 16 Abs. 2

Antrag FDP - Neuformulierung 2. Satz

Nach Neuwahlen erfolgt die Wahl in der ersten Sitzung der neuen Amtsperiode. Das älteste und das jüngste anwesende Mitglied des Grossen Rates eröffnen gemeinsam die konstituierende Sitzung. Sie halten ihre Ansprache in alphabetischer Reihenfolge. Das Mitglied, das als zweites gesprochen hat, führt die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin durch. Der Präsident oder die Präsidentin übernimmt anschliessend den Vorsitz.

Antrag Grünes Bündnis - Neuformulierung § 16 Abs. 2:

Die erste Sitzung nach Neuwahlen wird eröffnet mit Reden der Alterspräsidentin oder des Alterspräsidenten und des jüngsten der erstmals gewählten Mitglieder des Grossen Rats.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: gibt bekannt, dass die Fraktion Grünes Bündnis ihren Antrag zugunsten desjenigen der FDP zurückzieht.

Hansjörg M. Wirz (DSP): nimmt den zurückgezogenen Antrag des Grünen Bündnisses auf. Dieser wird jetzt zum Antrag Wirz.

Voten: *Margrith von Felten (Grünes Bündnis); Christine Heuss (FDP); Andreas C. Albrecht (LDP); Margrith von Felten (Grünes Bündnis); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: beantragt, zunächst den Antrag der FDP-Fraktion gegen den Antrag Wirz (vormals Antrag Grünes Bündnis) auszumehren. Den obsiegenden Antrag werde er dem Kommissionsantrag gegenüberstellen.

Der Grosse Rat ist einverstanden.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen, dem Antrag der FDP-Fraktion den Vorzug zu geben.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 65 gegen 29 Stimmen, dem Antrag der FDP-Fraktion zu folgen.

Damit lautet § 16 Abs. 2 GO wie folgt:

Nach Neuwahlen erfolgt die Wahl in der ersten Sitzung der neuen Amtsperiode. Das älteste und das jüngste anwesende Mitglied des Grossen Rates eröffnen gemeinsam die konstituierende Sitzung. Sie halten ihre Ansprache in alphabetischer Reihenfolge. Das Mitglied, das als zweites gesprochen hat, führt die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten durch. Die Präsidentin oder der Präsident übernimmt anschliessend den Vorsitz.

Antrag

§ 16 Abs. 3

Antrag SP - Neuer Absatz 3

Die Vertretung von Frauen und Männern ist bei der Wahl in das Präsidium angemessen zu berücksichtigen. Frauen und Männer müssen in jeder Amtsperiode mit mindestens einer Grossratspräsidentin oder einem Grossratspräsidenten vertreten sein.

Voten: *Tanja Soland (SP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis); Désirée Braun (SVP); Stephan Gassmann (CVP); Annemarie von Bidder (VEW); Andreas C. Albrecht (LDP); Margrith von Felten (Grünes Bündnis); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis); Patrick Hafner (SVP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 52 gegen 49 Stimmen, dem Antrag der SP-Fraktion zu folgen.

§ 16 GO erhält damit einen neuen Absatz 3:

Die Vertretung von Frauen und Männern ist bei der Wahl in das Präsidium angemessen zu berücksichtigen. Frauen und Männer müssen in jeder Amtsperiode mit mindestens einer Grossratspräsidentin oder einem Grossratspräsidenten vertreten sein.

§ 17: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 18 Abs 2 lit. c

Antrag LDP - Neuformulierung lit. c

c) es **stellt dem Grossen Rat Antrag zur Zuweisung** der eingehenden Geschäfte an die hierfür sachlich zuständigen Kommissionen,

Voten: *Andreas C. Albrecht (LDP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, dem Antrag der LDP-Fraktion zu folgen.

§ 18 Abs. 2 lit. c lautet demnach wie folgt:

c) es stellt dem Grossen Rat Antrag zur Zuweisung der eingehenden Geschäfte an die hierfür sachlich zuständigen Kommissionen,

§§ 19 und 20: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 21 Abs. 2

Antrag Grünes Bündnis – Änderung

Das Präsidium **kann** Mitglieder, die fortgesetzt die Ordnung stören, auffordern, den Saal zu verlassen.

Voten: *Margrith von Felten (Grünes Bündnis); Hansjörg M. Wirz (DSP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 49 gegen 28 Stimmen, den Antrag der Fraktion Grünes Bündnis **abzulehnen**.

§§ 22 - 26: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 27

Antrag Grünes Bündnis: Paragraph 27 betreffend Teilnahme des Regierungsrates ("Die Mitglieder des Regierungsrates vertreten die Geschäfte ihrer Departemente im Grossen Rat. Sie nehmen nach Möglichkeit auch an den übrigen Verhandlungen des Rates teil.") ersatzlos streichen.

Voten: *Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Andreas C. Albrecht (LDP); André Weissen (CVP)*

Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis): gibt bekannt, dass das Grüne Bündnis nur noch die Streichung des zweiten Satzes von § 27 beantragt und den ersten Satz stehen lassen will.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 45 gegen 23 Stimmen, den Antrag der Fraktion Grünes Bündnis **abzulehnen**.

§§ 28 - 39: keine Wortmeldungen.

Andreas C. Albrecht (LDP): stellt bei § 40 GO den Antrag, in § 40 Abs. 2 den letzten Satz wie folgt zu fassen: Das Ratsbüro stellt dem Grossen Rat Antrag über die Zuweisung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, dem Antrag von Andreas C. Albrecht zu folgen.

§ 40 Abs. 2 letzter Satz lautet demnach wie folgt: Das Ratsbüro stellt dem Grossen Rat Antrag über die Zuweisung.

§ 41: keine Wortmeldungen.

Antrag

§ 42 Abs. 1

Antrag SP und Grünes Bündnis:

in den §§ 42, 44, 46, 49, 50, 52, 53 und 54 ist das Ratsbüro als zur Einreichung von Vorstössen berechnigte Instanz zu streichen.

Voten: *Anita Heer (SP); Hansjörg M. Wirz (DSP); André Weissen (CVP); Gabi Mächler (SP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 46 gegen 32 Stimmen, dem Antrag der Fraktionen SP und Grünes Bündnis bezüglich § 42 zu folgen.

Antrag

§ 42 Abs. 3

Antrag LDP - Ergänzung mit zusätzlichem Satz

Tritt der Rat auf die Motion ein, so gibt er dem Regierungsrat Gelegenheit, innert drei Monaten dazu Stellung zu nehmen, **insbesondere zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Begehrens**.

Voten: *Andreas C. Albrecht (LDP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen, dem Antrag der LDP-Fraktion zu folgen.

§ 42 Abs. 3 wird mit einem Nebensatz ergänzt und lautet demnach wie folgt:

Tritt der Rat auf die Motion ein, so gibt er dem Regierungsrat Gelegenheit, innert drei Monaten dazu Stellung zu nehmen, insbesondere zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Begehrens.

§§ 43 - 51: keine Wortmeldungen

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen im § 44 das Ratsbüro zu streichen.

Der Grosse Rat beschliesst

in der Folge stillschweigend, das Ratsbüro in den §§ 46, 49, 50, 52, 53 und 54 zu streichen.

Antrag

§ 51 a

Antrag Grünes Bündnis - neuer Paragraph (Titel: Zwischenfrage)

Abs. 1. Jedes Ratsmitglied und die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrats können am Schluss eines Votums der Rednerin und dem Redner zu einem bestimmten Punkt der Ausführungen eine kurze und präzise Zwischenfrage stellen; inhaltliche Ausführungen und eine Begründung sind nicht zulässig.

Abs. 2. Die Zwischenfrage darf erst gestellt werden, wenn die Rednerin oder der Redner diese auf eine entsprechende Frage der Präsidentin oder des Präsidenten zulässt.

Abs. 3. Die Rednerin oder der Redner beantwortet die Zwischenfrage sofort und knapp.

Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis): zieht den Antrag zurück und wird ihn bei § 28b AB wieder stellen.

§§ 52 - 69: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 70 Abs. 1

Antrag VEW und Grünes Bündnis - Änderung

Der Grosse Rat bildet weitere ständige Kommissionen von je 13 Mitgliedern,

Voten: *Annemarie von Bidder (VEW); Heidi Mück (Grünes Bündnis); André Weissen (CVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 62 gegen 23 Stimmen, den Antrag der Fraktionen VEW und Grünes Bündnis **abzulehnen**.

§§ 71 - 88: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 89

Antrag Grünes Bündnis - Änderung Wirksamkeit

...und wird nach Eintritt der Rechtskraft **am 9. September 2006 (Kunigudentag)** wirksam...

Voten: *Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis); André Weissen (CVP); Sibylle Benz Hübner (SP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 59 gegen 31 Stimmen, dem Antrag der Fraktion Grünes Bündnis zu folgen.

Demnach lautet § 89 wie folgt: Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft am 9. September 2006 (Kunigudentag) wirksam. Die Änderung des Gesetzes über Strafvollzug und Begnadigung wird am 1. Februar 2009 wirksam.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Damit ist die Geschäftsordnung durchberaten. Die Schlussabstimmung erfolgt nach der Detailberatung der Ausführungsbestimmungen.

Detailberatung

B. Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates

Titel und Ingress: keine Wortmeldungen

§§ 1 - 9: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 10

Antrag Grünes Bündnis

Die Verhandlungssprache ist Deutsch. [Rest streichen]

Antrag FDP und SVP

Die Verhandlungssprache ist Deutsch. Die Anrede lautet: " Frau Präsidentin/Herr Präsident, meine Damen und Herren".

Antrag LDP: Paragraph ersatzlos streichen.

Voten: *Andreas C. Albrecht (LDP); Thomas Mall (LDP); Andrea Bollinger (SP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: ich beantrage Ihnen folgendes Vorgehen zur Bereinigung von § 10:

- Zuerst bereinigen wir die Frage, ob Deutsch oder Schriftdeutsch als Verhandlungssprache gelten soll.
- Danach stimmen wir darüber ab, ob die Anrede im § 10 aufgeführt werden soll.
- Schliesslich lasse ich darüber abstimmen, ob § 10 überhaupt aufgenommen oder gestrichen wird.

Der Grosse Rat ist damit einverstanden.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 76 gegen 16 Stimmen, als Verhandlungssprache Deutsch zu bezeichnen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 75 gegen 19 Stimmen, die Anrede in § 10 zu streichen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 27 Stimmen, § 10 beizubehalten.

Demnach lautet § 10 wie folgt: Die Verhandlungssprache ist Deutsch.

Antrag

§ 11

Antrag Büro - neuer Abs. 6

Auf Gesuch der Obergerichtskommissionen hin kann das Ratsbüro den Mitgliedern dieser Kommissionen jeweils für ein Amtsjahr eine Pauschalvergütung zusprechen.

Voten: *Roland Stark, Referent des Büros*

Andreas C. Albrecht (LDP): beantragt, die Formulierung "Auf Antrag einer Obergerichtskommission..."

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme, dem Antrag von Andreas C. Albrecht zu folgen.

Demnach wird in § 11 ein neuer Abs. 6 eingefügt: Auf Gesuch einer Oberaufsichtskommission hin kann das Ratsbüro den Mitgliedern dieser Kommission jeweils für ein Amtsjahr eine Pauschalvergütung zusprechen.

§§ 12 - 28: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 28 a

Antrag Grünes Bündnis - neuer Paragraph (Titel: Zwischenfrage)

Abs. 1. Jedes Ratsmitglied und die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrats können am Schluss eines Votums der Rednerin und dem Redner zu einem bestimmten Punkt der Ausführungen eine kurze und präzise Zwischenfrage stellen; inhaltliche Ausführungen und eine Begründung sind nicht zulässig.

Abs. 2. Die Zwischenfrage darf erst gestellt werden, wenn die Rednerin oder der Redner diese auf eine entsprechende Frage der Präsidentin oder des Präsidenten zulässt.

Abs. 3. Die Rednerin oder der Redner beantwortet die Zwischenfrage sofort und knapp.

Voten: *Margrith von Felten (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 57 gegen 18 Stimmen, dem Antrag der Fraktion Grünes Bündnis **zuzustimmen**, und den vorgeschlagenen neuen § 29 aufzunehmen.

Dadurch werden die §§ 29-57 in der definitiven Fassung zu §§ 30-58.

Antrag

§ 29 Abs. 1

Antrag LDP und Grünes Bündnis - Änderung 1. Satz

Die Stimmabgabe erfolgt in der Regel **durch Handerheben**.

Antrag SP - Ergänzung

Die Stimmabgabe erfolgt in der Regel **durch Erheben von den Sitzen oder durch Handaufheben**.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Der Antrag der SP wurde **zurückgezogen**.

Voten: *Andreas C. Albrecht (LDP); Anita Heer (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme, dem Antrag der Fraktionen LDP und Grünes Bündnis zu folgen.

§ 29 Abs. 1, 1. Satz lautet demnach wie folgt:

Die Stimmabgabe erfolgt in der Regel **durch Handerheben**.

Antrag

§ 30 Abs. 1

Antrag SP - Änderung 1. Satz

Wahlvorschläge werden dem Parlamentsdienst schriftlich eingereicht.

Voten: *Gabi Mächler (SP); Andreas C. Albrecht (LDP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 40 gegen 22 Stimmen, dem Antrag der SP-Fraktion zu folgen.

Demnach lautet § 30 Abs. 1, 1. Satz wie folgt:

Wahlvorschläge werden dem Parlamentsdienst schriftlich eingereicht.

§§ 31 - 46: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 47 Abs. 1

Antrag SP - Ergänzung und Streichung

Kommissionen können Studienreisen und Klausuren durchführen.

Voten: *Gabi Mächler (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen, dem Antrag der SP-Fraktion zu folgen.

Demnach lautet der erste Satz in § 47 Abs. 1 wie folgt: Kommissionen können Studienreisen und Klausuren durchführen.

§§ 48 - 53: keine Wortmeldungen

Antrag

§ 54

Antrag SP - Streichung "und in Absprache mit diesem"

Den Mitgliedern des Grossen Rates zugestellte Schluss- und Zwischenberichte können auf Beschluss der Kommission vor der Behandlung im Grossen Rat nach vorgängiger Information des Ratspräsidiums der Öffentlichkeit vorgestellt und erläutert werden.

Voten: *Gabi Mächler (SP); Lukas Engelberger, Präsident der Spezialkommission Neue Verfassung*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 16 Stimmen, dem Antrag der SP-Fraktion zu folgen.

Demnach lautet § 54 wie folgt: Den Mitgliedern des Grossen Rates zugestellte Schluss- und Zwischenberichte können auf Beschluss der Kommission vor der Behandlung im Grossen Rat nach vorgängiger Information des Ratspräsidiums der Öffentlichkeit vorgestellt und erläutert werden.

§§ 55 - 57: keine Wortmeldungen.

Publikationsklausel: gemäss der Abstimmung über die Inkraftsetzung der Geschäftsordnung wird auch hier die Inkraftsetzung auf den 9. September 2006 (Kunigundentag) festgelegt.

[Fortsetzung der Beratungen am 29. Juni 2006, 10:15 Uhr. Siehe Protokoll Seite 23.]

Mitteilung

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Das weitere Programm: wir werden morgen zuerst mit der Resolution beginnen. Um 09:00 Uhr spätestens liegen auf Ihren Plätzen die heute bereinigte Fassung der Geschäftsordnung und der Ausführungsbestimmungen auf, so dass Sie nach der Beschlussfassung über die Resolution die Schlussabstimmungen über die Geschäftsordnung und deren Ausführungsbestimmungen vornehmen können.

Sitzungsunterbruch: 18:06 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 29. Juni 2006, 09:00 Uhr

Mitteilungen

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: die SVP-Fraktion teilt mit, dass Kurt Bachmann an der Fraktionssitzung vom 26. Juni 2006 aus der Fraktion ausgeschlossen wurde.

Der redigierte Entwurf GO und AB liegt Ihnen auf.

38. Resolution zur Unterstützung der Tunnelvariante der Zollfreistrasse

[29.06.06 09:06:52]

Helmut Hersberger und Konsorten haben folgenden Resolutionsentwurf eingereicht:

”Resolution zur Unterstützung der Tunnelvariante der Zollfreistrasse

Der Basler Grosse Rat stellt sich hinter die Tunnelvariante als neuen Vorschlag zur Umsetzung der Zollfreistrasse. Diese Lösung garantiert einerseits die vertraglich zugesicherte Strassenverbindung zwischen Weil und Lörrach und trägt andererseits der Basler Bevölkerung Rechnung, die das Naherholungsgebiet an der Wiese möglichst intakt halten möchte. Damit kann die Verkehrsentlastung mit einer naturschonenden Variante realisiert werden.

Der Basler Grosse Rat steht dafür ein, dass das neue Projekt für die Deutsche Seite kostenneutral realisiert wird. Die Deutsche Bauherrschaft soll nicht mehr bezahlen müssen, als sie für die bisherige Linienführung aufwenden müsste. Die zusätzlichen Investitionen sollen von der Schweiz, namentlich vom Kanton Basel-Stadt sowie Spenderinnen und Spendern übernommen werden.

Der Grosse Rat wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzen, dass das Projekt zügig umgesetzt wird und der neuen Variante keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Er bittet die Partnerinnen und Partner in Deutschland, das Angebot sorgfältig und wohlwollend zu prüfen.”

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: erläutert das Vorgehen für die Beratung der Resolution und gibt folgende Hinweise: Als Unterlagen zur Resolution finden Sie auf dem Tisch des Hauses den Schlussbericht 8383 der Kommission Zollfreistrasse vom 20. Januar 1993, die Medienunterlagen, auf welche sich die Resolution bezieht sowie ein Schreiben des Regierungspräsidiums Freiburg vom 28. Juni 2006 an die Präsidentin des Regierungsrates.

Voten: *Helmut Hersberger (FDP); Christine Locher-Hoch (FDP); Hans Rudolf Lüthi (DSP); Eduard Rutschmann (SVP); Richard Widmer (VEW); Anita Lachenmeier-Thüring (Grünes Bündnis); Conradin Cramer (LDP); Beat Jans (SP); Stephan Gassmann (CVP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Oswald Inglin (CVP); Theo Seckinger (LDP); Stephan Ebner (CVP); Bruno Mazzotti (FDP); Hermann Amstad (SP); Helmut Hersberger (FDP)*

Abstimmung

für die Fassung der Resolution stimmen 68 Mitglieder,
dagegen stimmen 47 Mitglieder.

Gemäss § 39 GO ist zur Fassung einer Resolution ein Zweidrittelmehr erforderlich. Dieses wurde nicht erreicht.

Der Grosse Rat hat demnach beschlossen, die Resolution nicht zu fassen.

17. Bericht der Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung über die Totalrevision des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB).

(BER) [29.06.06 10:17:05, SpezKo, 06.5165.02]

(Fortsetzung der Beratungen)

Schlussabstimmungen

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der vorgeschlagenen Totalrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen wird **zugestimmt**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren, er unterliegt dem Referendum.

Die Geschäftsordnung des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt vom 29. Juni 2006 ist im Kantonsblatt Nr. 51 vom 5. Juli 2006 publiziert.
--

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der vorgeschlagenen Totalrevision der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen wird **zugestimmt**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Die Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt vom 29. Juni 2006 sind im Kantonsblatt Nr. 51 vom 5. Juli 2006 publiziert.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: Sie haben nun die Geschäftsordnung und deren Ausführungsbestimmungen einer Totalrevision unterzogen. Sofern das Referendum gegen die Geschäftsordnung nicht ergriffen wird, treten beide Erlasse auf den 9. September 2006 in Kraft. Die nächste Sitzung des Grossen Rates wird also bereits gemäss der neuen Geschäftsordnung durchgeführt, auch wenn Sie das vielleicht nicht merken werden.

Um Sie mit der praktischen Anwendung der Neuerungen, die Sie soeben beschlossen haben, vertraut zu machen, organisiert der Parlamentsdienst am 27. und am 28. September abends ab 17.00 Uhr je einen Workshop. Eine Anmeldung dazu werden Sie Ende August erhalten. Falls Sie an der Teilnahme interessiert sind, bitte ich Sie, sich jetzt schon den 27. oder den 28. September abends freizuhalten.

15. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 05.1980.01 betreffend den Erlass eines Standortförderungsgesetzes; die Änderung des Gesetzes betreffend den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom 6. Dezember 1995, die ausserordentliche Entnahme von Mitteln aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Beantwortung des Anzugs Lucie Trevisan und Konsorten betreffend gemeinsame Grundlagen in Basel-Stadt und Baselland für die Wirtschaftsförderung.

(BER) [29.06.06 10:21:07, WAK, WSD, 05.1980.02]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates (WAK) beantragt, auf dem Bericht einzutreten, das vorgeschlagene neue Standortförderungsgesetz zu beschliessen und aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine einmalige Entnahme von CHF 5'000'000 zur Äfnung des Standortförderungsfonds zu bewilligen.

Im weiteren beantragt die WAK, den Anzug Lucie Trevisan und Konsorten betreffend gemeinsame Grundlagen in Basel-Stadt und Baselland für die Wirtschaftsförderung (01.6856) abzuschreiben.

Voten: *Fernand Gerspach, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Felix Meier (FDP): beantragt, den Bericht zurückzuweisen und den Anzug Trevisan (01.6856) stehen zu lassen.

Voten: *Hans Baumgartner (SP); Lukas Engelberger (CVP); Andreas C. Albrecht (LDP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Patrick Hafner (SVP); Annemarie von Bidder (VEW); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Fernand Gerspach, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 6 Stimmen, den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion **abzulehnen**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Das Standortförderungsgesetz wird gemäss Antrag der Kommission erlassen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum.

Das Standortförderungsgesetz des Kantons Basel-Stadt vom 29. Juni 2006 ist im Kantonsblatt Nr. 50 vom 1. Juli 2006, Seite 964, publiziert.
--

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung eine einmalige Entnahme von CHF 5'000'000 aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Zwecke der Äfnung des Standortförderungsfonds.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 21 Stimmen, den Anzug Lucie Trevisan und Konsorten betreffend gemeinsame Grundlagen in Basel-Stadt und Baselland für die Wirtschaftsförderung (01.6856) **abzuschreiben**.

Der Anzug 01.6856 ist **erledigt**.

16. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Bericht Nr. 05.1364.01 des Regierungsrates zur regionalen Spitalversorgung und zu sieben Schreiben zu Anzügen des Spitalwesens betreffend.

(BER) [29.06.06 11:10:06, GSK, GD, 05.1364.02]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates und der Regierungsrat beantragen, auf den Bericht einzutreten und den Bericht zur regionalen Spitalversorgung zur Kenntnis zu nehmen.

Ferner beantragt die GSK, folgende Anzüge abzuschreiben:

- Silvia Schenker und Konsorten (Nr. 02.7356);
- Maria Iselin und Konsorten (Nr. 02.7248);
- Rudolf Vonder Mühl und Konsorten (Nr. 99.6211);
- Hans-Peter Wessels und Konsorten (Nr. 97.5562);
- Philippe P. Macherel und Konsorten (Nr. 02.7355).

Zudem beantragt die GSK, folgende Anzüge stehen zu lassen:

- Richard Widmer und Konsorten (Nr. 99.6395);
- Andreas Burckhardt und Konsorten (Nr. 037675)

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Edith Buxtorf-Hosch (LDP); Lorenz Nägelin (SVP); Rolf Stürm (FDP); Annemarie Pfister (Grünes Bündnis); Stephan Ebner (CVP); Richard Widmer (VEW); Michael Martig (SP); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat nimmt vom Bericht des Regierungsrates **stillschweigend Kenntnis**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Silvia Schenker und Konsorten betreffend Gesundheitsplanungsstelle beider Basel resp. NWCH (02.7356) **abzuschreiben**.

Der Anzug 02.7356 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Maria Iselin und Konsorten betreffend Fusion der Medizinischen Fakultäten der Universitäten Basel und Bern (02.7248) **abzuschreiben**.

Der Anzug 02.7248 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Rudolf Vonder Mühl und Konsorten betreffend Kostentransparenz in der klinischen Medizin (99.6211) **abzuschreiben**.

Der Anzug 99.6211 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Hans-Peter Wessels und Konsorten betreffend eine neue Struktur für die Medizinische Fakultät der Universität Basel (97.5562) **abzuschreiben**.

Der Anzug 97.5562 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug Philippe P. Macherel und Konsorten betreffend Schaffung eines Gesundheitskonkordates für die Nordwestschweiz (02.7355) **abzuschreiben**.

Der Anzug 02.7355 ist **erledigt**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen, den Anzug Richard Widmer und Konsorten betreffend neue Rechtsform für das Kantonsspital (99.6395) **stehen zu lassen**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen, den Anzug Andreas Burckhardt und Konsorten betreffend Verselbständigung des Kantonsspitals Basel-Stadt (03.7675) **stehen zu lassen**.

Mitteilung

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: ruft die Anwesenden auf, am Samstag, 1. Juli, den FC Grossrat bei seinem Spiel in Weil am Rhein gegen eine Auswahl der Gemeinderatsmannschaften von Weil, Lörrach und Hünningen zu unterstützen.

Sitzungsunterbruch: 12:00 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 29. Juni 2006, 15:00 Uhr

18. Planungsanzüge 1 - 2.

Planungsantrag Doris Gysin und Konsorten "Familienfreundliches Basel"

(NPA) [29.06.06 15:03:15, JD, 06.5161.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsantrag zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Planungsantrag dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu **überweisen**.

Planungsantrag Dominique König-Lüdin betreffend Lärmschutz entlang der A2 im Politikplan 2007-2009, Politikbereiche Kapitel 4.7. "Stadt und Verkehr"

(NPA) [29.06.06 15:03:41, BD, 06.5171.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsantrag zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: informiert über offensichtliche zwei Fehler im Planungsantrag Dominique König-Lüdin. Zum einen bezieht sich das Anliegen nicht auf die A1 (Genf - St. Gallen), sondern auf die A2 (Basel - Chiasso). Im weiteren ist von 1'000'000 Fahrzeugbewegungen die Rede. Dort handelt es sich um 100'000 Bewegungen. Er schlägt dem Grossen Rat vor, den Planungsantrag dennoch zu behandeln und von den vorgenommenen Änderungen Kenntnis zu nehmen.

Der Grosse Rat ist stillschweigend mit diesem Vorgehen **einverstanden**. Die Korrekturen werden vorgenommen.

Toni Casagrande (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Brigitte Strondl (SP); Marcel Rünzi (CVP); Annemarie Pfeifer (VEW); Dominique König-Lüdin (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 20 Stimmen, den Planungsantrag dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu **überweisen**.

19. Bericht der Petitionskommission betreffend P232 "Pro 4Plus".

(PET) [29.06.06 15:19:18, PetKo, 06.5059.02]

Die Petitionskommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring, Präsidentin der Petitionskommission*

Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis): beantragt, die Petition dem Regierungsrat zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition 06.5059 ist **erledigt**.

20. Bericht der Petitionskommission betreffend P224 "Für Massnahmen gegen Geländefahrzeuge in dichtbesiedelten Gebieten".

(PET) [29.06.06 15:24:47, PetKo, 05.8372.02]

Die Petitionskommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring*, Präsidentin der Petitionskommission

Andreas Ungricht (SVP): beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring*, Präsidentin der Petitionskommission

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 62 gegen 14 Stimmen, die Petition **dem Regierungsrat** zur abschliessenden Behandlung **zu überweisen**.

Die Petition 05.8372 ist **erledigt**.

21. Bericht der Petitionskommission betreffend P217 "Keine Glaspaläste am Rhein und in der Altstadt - menschliche Architektur".

(PET) [29.06.06 15:31:16, PetKo, 05.8196.02]

Die Petitionskommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überweisen.

Voten: *Anita Lachenmeier-Thüring*, Präsidentin der Petitionskommission

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Petition **dem Regierungsrat** zur abschliessenden Behandlung **zu überweisen**.

Die Petition 05.8196.02 ist **erledigt**.

22. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Schreiben Nr. 04.7906.03 betreffend Petition P202 für die Erweiterung der Veloabstellplätze im unterirdischen Veloparking und im oberirdischen Bereich um den Bahnhof SBB.

(BER) [29.06.06 15:33:42, UVEK, 04.7906.04]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Stephan Gassmann, Referent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition 04.7906 ist **erledigt**.

23. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Kaufmann und Konsorten betreffend Löschwasserversorgung in Basel-Stadt.

[29.06.06 15:37:46, BD, 04.8094.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.8094 abzuschreiben.

Dieter Stohrer (VEW): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Andreas Ungricht (SVP); Pius Marrer (CVP); RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 43 gegen 34 Stimmen, den Anzug **stehen zu lassen**.

24. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Jans und Konsorten betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Entlastung des Agglomerationsverkehrs

[29.06.06 15:50:14, BD, 04.7863.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.7863 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.7863 ist **erledigt**.

25. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Alder Finzen und Konsorten betreffend Ausschreibung eines Wettbewerbs für eine ganzheitliche, nachhaltige Stadt- und Raumplanung.

[29.06.06 15:50:43, BD, 04.7824.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.7824 abzuschreiben.

Voten: *Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.7824 ist **erledigt**.

26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Stark und Konsorten betreffend Erweiterung des Bussenkatalogs für Abfallsünder.

[29.06.06 15:52:21, BD, 04.7923.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.7923 abzuschreiben.

Andreas Ungricht (SVP): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 71 gegen 10 Stimmen, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.7923 ist **erledigt**.

27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Susanne Haller und Konsorten betreffend Umzonung des Pumpwerks Lange Erlen in die Zone für Intensiv-Erholung.

[29.06.06 15:54:50, BD, 04.7928.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.7928 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.7928 ist **erledigt**.

28. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 1.5 "Umwelt und Energie" des Politikplans 2006 - 2009.

(SPA) [29.06.06 15:55:45, BD, 05.8423.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag nicht zu überweisen.

Voten: *Brigitte Strondl (SP)*; *Rolf Stürm (FDP)*; *Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 52 gegen 39 Stimmen, den Planungsantrag an den Regierungsrat zur weiteren Bearbeitung und Umsetzung im Politikplan **zu überweisen**.

29. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Christian Egeler und Konsorten betreffend "Langfristiges Energiekonzept".

(SPA) [29.06.06 16:10:37, BD, 05.8417.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Planungsantrag an den Regierungsrat zur weiteren Bearbeitung und Umsetzung im Politikplan **zu überweisen**.

30. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Roland Vögtli und Konsorten betreffend Planung in den Quartieren.

(SPA) [29.06.06 16:11:00, BD, 05.8418.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag nicht zu überweisen.

Roland Vögtli (FDP): stellt den Antrag, den Planungsantrag zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 47 gegen 24 Stimmen, den Planungsantrag **nicht zu überweisen**.

Der Planungsantrag 05.8418 ist **erledigt**.

31. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Lorenz Nägelin betreffend rauchfreie kantonale Gebäude des Kantons Basel-Stadt und Anrecht auf einen Nichtraucherarbeitsplatz in den kantonalen Betrieben.

(SPA) [29.06.06 16:18:00, GD, 05.8413.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag nicht zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Planungsantrag **nicht zu überweisen**.

Der Planungsantrag 05.8413 ist **erledigt**.

32. Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Lorenz Nägelin und Konsorten betreffend Spitalaufenthalt zwecks Ausnüchterung.

(SAA) [29.06.06 16:18:31, GD, 04.7888.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Antrag 04.7888 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Antrag **abzuschreiben**.

Der Antrag 04.7888 ist **erledigt**.

33. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung"

(SPA) [29.06.06 16:19:02, ED, 05.8424.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag nicht zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Planungsantrag den Planungsantrag nicht zu überweisen.

Der Planungsantrag 05.8424 ist **erledigt**.

34. Stellungnahme des Regierungsrates zum Planungsantrag Helmut Hersberger und Konsorten betreffend Zukunftsplanung der Pensionskasse.

(SPA) [29.06.06 16:19:49, FD, 05.8416.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Planungsantrag nicht zu überweisen.

Ernst Mutschler (FDP): beantragt Überweisung des Planungsantrags.

Voten: *Helmut Hersberger (FDP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 16 Stimmen, den Planungsantrag an den Regierungsrat zur weiteren Bearbeitung und Umsetzung im Politikplan **zu überweisen**.

35. Beantwortung der Interpellation Nr. 43 Ruth Widmer betreffend Situation des Konzertkellers Hirscheneck.

[29.06.06 16:23:53, FD, 06.5151.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Ruth Widmer Graff (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 06.5151 ist **erledigt**.

36. Beantwortung der Interpellation Nr. 41 Tanja Soland betreffend international geächtete Munition.

[29.06.06 16:25:55, SiD, 06.5149.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Tanja Soland (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 06.5149 ist **erledigt**.

37. Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Michel-Remo Lussana betreffend unrechtmässig bezogener Sozialhilfeleistungen.

[29.06.06 16:29:31, WSD, 06.5141.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Michel Lussana (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 06.5141 ist **erledigt**.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: wünscht dem Rat schöne Sommerferien und dankt für die speditive und gute Arbeit der letzten zwei Tage: Ab in d' Ferie, liebi Lyt, ändlig isch jetzt Summerzyt.

Sitzungsende: 16:31 Uhr

Basel, 3. Juli 2006

Andreas Burckhardt
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Validierung der Ersatzwahl eines Richters oder einer Richterin an das Appellationsgericht vom 21. Mai 2006.	WPKo		05.8431.01
2.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative zur Reduktion der Steuerbelastungen im Kanton Basel-Stadt.		JD	05.2065.01
3.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit der Initiative für den Abzug der Krankenkassenbeiträge am steuerbaren Einkommen.		JD	05.2112.01
4.	Bericht der Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung über die Totalrevision des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB).	SpezKo für die Umsetzung der neuen Verfassung		06.5165.02
5.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates zu den Rechnungen 2005 der fünf kantonalen Museen.	BKK	ED	06.5179.01
6.	Ratschlag betreffend Genehmigung der Rechnung 2005 der Industriellen Werke Basel.	FKom	BD	06.0620.01
7.	Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zur Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2005.	FKom	FD	06.5146.01
8.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 05.1980.01 betreffend den Erlass eines Standortförderungsgesetzes; die Änderung des Gesetzes betreffend den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vom 6. Dezember 1995, die ausserordentliche Entnahme von Mitteln aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Beantwortung des Anzugs Lucie Trevisan und Konsorten betreffend gemeinsame Grundlagen in Basel-Stadt und Baselland für die Wirtschaftsförderung.	WAK	WSD	05.1980.02
9.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Bericht Nr. 05.1364.01 des Regierungsrates zur regionalen Spitalversorgung und zu sieben Schreiben zu Anzügen das Spitalwesen betreffend.	GSK	GD	05.1364.02
Überweisung an Oberaufsichtskommissionen				
10.	Bericht betreffend Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Rechnung der Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2005.	FKom	FD	06.0762.01
11.	Ausgabenbericht betreffend die Bewilligung eines Investitionsbeitrages an die Allgemeinen Bibliotheken der GGG (ABG) für die Erneuerung der EDV-Strukturen im Jahr 2006.	FKom	ED	05.1077.01
12.	Bericht des Regierungsrates zum Jahresbericht 2005 der REDAG - Regionale Entsorgung Dreiländereck AG.	FKom	BD	06.0788.01
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Schlussbericht zu den Empfehlungen der PUK.	FKom	FD	05.1871.02
Überweisung an Sachkommissionen				
14.	Ratschlag betreffend Neues Stadt-Casino Basel. Zonenänderung, Festsetzung eines Bebauungsplans, Änderung der Bau- und Strassenlinien sowie Abweisung der Einsprachen für ein Neues Stadt-Casino im Bereich Steinenberg, Theater-Passage und Barfüsserplatz (Areal Stadtcasino).	BRK	BD	06.0953.01
15.	Ratschlag betreffend einen Investitionsbeitrag an das Projekt "Neues Stadt-Casino" zur Realisierung des Projekts und an die Kosten für den Aufwand der archäologischen Bodenforschung.	BKK	ED	06.0990.01
16.	Gemeinsamer Bericht von BL und BS betreffend den Staatsvertrag zur Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsgesellschaft Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i> .	WAK	WSD	02.1534.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

17. Anzüge:

- | | | | |
|-----|---|--------------|------------|
| a) | André Weissen und Konsorten betreffend Trommeln an den Bummel-
sonntagen nach der Fasnacht; | | 06.5193.01 |
| b) | Christian Egeler und Konsorten betreffend differenzierte Beurteilung
unter Einschluss von Noten; | | 06.5192.01 |
| c) | Christophe Haller und Konsorten betreffend Gegenleistung von jungen
Sozialhilfebezüger/innen; | | 06.5189.01 |
| d) | Rolf Stürm und Konsorten betreffend Stärkung beider Bildungswege; | | 06.5190.01 |
| e) | Baschi Dürr und Konsorten betreffend Einbezug von Privatschulen; | | 06.5191.01 |
| f) | Brigitte Hollinger und Konsorten betreffend Euro 08 ohne Zwangspros-
titution; | | 06.5195.01 |
| g) | Felix Meier und Konsorten betreffend Vision „Central Park“; | | 06.5197.01 |
| 18. | Bericht der Petitionskommission betreffend P219 „Für eine Lichtsignalanla-
ge beim Fussgängerstreifen der Tramhaltestelle Bettingerstrasse.“ | PetKo | 05.8255.02 |
| 19. | Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend Unfallversicherung des
Staatspersonals. | FD | 00.6633.04 |
| 20. | Anzug Lukas Engelberger und Konsorten für eine faire Entschädigung von
Volontärinnen und Volontären. | FD | 04.7962.02 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|---|-----|------------|
| 21. | Rücktritt von Michel-Remo Lussana als Mitglied des Grossen Rates per
30. Juni 2006 (auf den Tisch des Hauses). | | 06.5194.01 |
| 22. | Rücktritt von Michel-Remo Lussana als Mitglied des Büros des Grossen Ra-
tes per 27. Juni 2006 (auf den Tisch des Hauses). | | 06.5199.01 |
| 23. | Rücktritt von Hans Rudolf Brodbeck als Mitglied des Grossen Rates per so-
fort (auf den Tisch des Hauses). | | 06.5201.01 |
| 24. | Rücktritt von Christoph Zuber als Mitglied des Grossen Rates per Ende Juni
2006 (auf den Tisch des Hauses). | | 06.5202.01 |
| 25. | Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Michel-Remo Lussana
betreffend Schaffung einer Sozialinspektion. | WSD | 05.8240.02 |
| 26. | Dringliche Kreditbewilligung Nr. 1 betreffend Ersatz Vorausrrettungswagen
41 der Berufsfeuerwehr Basel. | SiD | 06.0649.01 |
| 27. | Rücktritt von Joël Thüring als Mitglied des Grossen Rates per 30. Juni 2006.
(auf den Tisch des Hauses) | | 06.5209.01 |
| 28. | Rücktritt von Lukas Labhardt als Mitglied des Grossen Rates per 31. Juli
2006. (auf den Tisch des Hauses) | | 06.5210.01 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Anzüge

a) Anzug betreffend Trommeln an den Bummelsonntagen nach der Fasnacht

06.5193.01

Es ist schon ein Kuriosum. Ausgerechnet im Kanton Basel-Stadt, wo wahrscheinlich weltweit pro Kopf der Bevölkerung am meisten Tambouren leben, ist seit 1852 das Trommeln untersagt («Verordnung in betreff des Trommelns vom 10. Januar 1852»). Für die vier Wochen vor der Fasnacht, die Fasnacht selbst und die drei Bummelsonntage wird dann jedes Jahr eine Verfügung unter dem Namen «Polizeivorschriften betreffend die Fasnacht» erlassen, welche im Kantonsblatt publiziert wird. Diese Verordnung hat durchaus seine Berechtigung, trotzdem sollte man sich einige Gedanken machen, insbesondere was die drei Bummelsonntage anbelangt. An den drei Bummelsonntagen darf bis anhin von 17.00 bis 22.00 Uhr getrommelt, gepfiffen und musiziert werden.

Der Bummel der Cliques, Gruppen und Guggemuusige hat traditionellerweise immer etwa den gleichen Ablauf. Am Vormittag reist man in ein Städtchen oder Dorf in der Umgebung (oder auch weiter weg). Dort isst man gemeinsam zu Mittag und kommt gegen 17 Uhr in die Stadt zurück um hier bis um 22 Uhr zu "gässle". Zwei Dinge haben sich in den letzten Jahren aber geändert. Erstens sind die Basler Cliques in einer Vielzahl von Ortschaften in der Umgebung gar nicht mehr erwünscht, andererseits bleiben immer mehr Cliques in Basel und verzichten auf das Reisen. Dies hat unter anderem damit zu tun, dass die Preise für diese Ausflüge immer mehr zu Buche schlagen und das jeweilige Budget der Organisatoren sprengen.

Ausgerechnet die Jungen Garden, bei denen das Budget am kleinsten ist, können aber schlecht in der Stadt bleiben, denn es ist enorm schwierig, diese Jugendlichen nach dem Mittagessen zu beschäftigen (in den Dörfern trommeln und pfeifen diese dann jeweils in dieser Zeit um den Dorfkern - zum Ärger der Bevölkerung). Speziell für sie, aber auch für alle anderen, die am Bummel in der Stadt bleiben wollen, wäre es deshalb sehr wünschenswert, wenn man mit dem "Gässle" schon um 14 Uhr beginnen könnte.

Im Weiteren wäre es eine gute Gelegenheit für unser einheimisches Gastgewerbe, an diesen Sonntagen ihre Lokale schon früher zu öffnen, denn die meisten sind am Sonntag geschlossen, haben aber an den Bummelsonntagen erst gegen Abend ausnahmsweise geöffnet. Auch für die Sonntagstouristen wären diese beiden Nachmittage eine besondere Attraktion, wenn nochmals getrommelt und gepfiffen wird. Es gäbe sogar bestimmt einen besonderen Bummel-Tourismus. Mit einem Beginn um 14 Uhr wäre die Mittagsruhe der Anwohner sicher nicht mehr gestört, und in den Innerstadt-Kirchen finden dann ja keine Gottesdienste mehr statt.

Aufgrund der obigen Ausführungen bitten die Unterzeichneten die Regierung zu prüfen und zu berichten

- a) ob das Trommeln, Pfeifen und Musizieren an den drei Bummelsonntagen bereits ab 14.00 Uhr bewilligt werden kann und
- b) ob die Polizeivorschriften in diesem Sinne geändert werden können.

André Weissen, Stephan Gassmann, Helen Schai-Zigerlig, Lukas Engelberger, Oswald Inglin, Pius Marrer, Marcel Rünzi, Paul Roniger, Stephan Ebner, Rolf von Aarburg, Fernand Gerspach, Thomas Mall, Brigitte Strondl, Felix Eymann, Esther Weber Lehner, Andreas Ungricht, Joël Thüring, Christophe Haller, Peter Malama, Ernst Mutschler, Michael Wüthrich, Erika Paneth, Baschi Dürr, Andreas Albrecht

b) Anzug betreffend differenzierte Beurteilung unter Einschluss von Noten

06.5192.01

Vor allem in der Öffentlichkeit ist die Frage ein grosses Thema, ob und ab wann in der Schule Noten gesetzt werden. Gleichzeitig weisen Fachleute darauf hin, dass differenzierte Lernberichte die Leistungen einer Schülerin oder eines Schülers besser bewerten können. Da sich die Staatsschulen der öffentlichen Diskussion aber nicht entziehen können, wird der Regierungsrat gebeten, zu prüfen und zu berichten, ob sich mit der im neuen Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt angestrebten und begrüssenswerten Kohärenz in der Beurteilung der Schülerinnen und Schüler der verschiedenen Schulstufen die seit einigen Jahren ausgestellten Lernberichte sowie die herkömmlichen Noten kombinieren lassen.

Christian Egeler, Christine Locher-Hoch, Bruno Mazzotti, Felix Meier, Helmut Hersberger, Rolf Stürm, Daniel Stolz, Ernst Mutschler, Christophe Haller, Emmanuel Ullmann, Markus G. Ritter, Giovanni Nanni, Baschi Dürr, Christine Heuss, Roland Vögtli, Arthur Marti, Urs Schweizer

c) Anzug betreffend Gegenleistung von jungen Sozialhilfebezüger/innen

06.5189.01

Gemäss Jahresbericht 2004 der Sozialhilfe der Stadt Basel bezogen im Jahr 2004 gegen 2000 Personen zwischen 18 und 25 Jahren Leistungen der Sozialhilfe. Für 2005 dürfte diese Zahl leider kaum geringer ausfallen. Bei rund einem Drittel dieser Personen handelt es sich um Lehrlinge und Studenten, die einen Zustupf an ihre Lebenshaltungskosten erhalten. Ein weiteres Drittel ist in Integrations-Tagesstrukturmassnahmen à la job factory oder dem Projekt „stop and go“ beschäftigt. Die restlichen rund 600 jungen Sozialhilfebezüger/innen erhalten Unterstützung, ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Diese Personen haben keine Tagesstruktur und es besteht eine akute Gefahr der Chronifizierung von Sozialhilfebezug und daraus folgend der Perspektivlosigkeit.

Um dieser Perspektivlosigkeit entgegenzuwirken bitten die Anzugsteller/innen den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie das Gegenleistungsprinzip bei allen jungen erwachsenen Sozialhilfebezüger/innen eingeführt werden könnte. Wobei die Gegenleistung entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten der betroffenen Person auszugestalten wäre.

Christophe Haller, Baschi Dürr, Christine Locher-Hoch, Emmanuel Ullmann, Markus G. Ritter, Gianni Nanni, Bruno Mazzotti, Peter Malama, Felix Meier, Helmut Hersberger, Rolf Stürm, Daniel Stolz, Ernst Mutschler

d) Anzug betreffend Stärkung beider Bildungswege

06.5190.01

Die Basler Wirtschaft ist auf qualifizierte Berufsleute und international konkurrenzfähige Akademiker und Akademikerinnen angewiesen. Qualifizierte Berufsleute werden in der Schweiz mehrheitlich auf dem berufsbildenden Weg ausgebildet. Dieses System ist in letzter Zeit aber unter Druck geraten: Einerseits finden manche Lehrbetriebe nicht genügend adäquat vorbereitete Schulabgänger und Schulabgängerinnen. Andererseits weichen immer noch viele Schülerinnen und Schüler ans Gymnasium aus, weil ihnen oder ihren Eltern der berufsbildende Weg unattraktiv erscheint.

Der Zufluss ins Gymnasium von Schülern und Schülerinnen, die kein universitäres Studium planen oder dafür ungeeignet sind, erschwert den Gymnasien ihre primäre Aufgabe, qualifizierten Nachwuchs für die in- und ausländischen Universitäten heranzubilden. Hält dieser Trend an, oder würde er gar verstärkt, würden dadurch die Chancen auch der qualifizierten Gymnasiasten und Gymnasiastinnen geschmälert, an einer Universität erfolgreich zu starten. Zudem wäre zu befürchten, dass sich die Universität Basel dem fallenden Niveau der Basler Maturanden und Maturandinnen anpassen müsste.

Mit den nationalen Harmonisierungsbestrebungen sowie dem neuen Entwicklungsplan für die Basler Volksschule ergeben sich grosse Chancen. Die Unterzeichnenden wünschen, dass diese Reformen genutzt werden, damit in Zukunft den Lehrbetrieben adäquat vorbereitete Schulabgänger und Schulabgängerinnen sowie den Universitäten richtig ausgebildete Maturanden und Maturandinnen zugeführt werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen,

- a) die neue Sekundarstufe darauf auszurichten, dass beide Bildungswege mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen gezielt gestärkt werden,
- b) den geplanten E- und A-Zug der neuen Sekundärschule für Schülerinnen, Schüler und ihre Eltern attraktiv genug auszugestalten, damit zum Einen das Ausweichen an die Gymnasien und zum Anderen der Trend gestoppt werden kann, dass nur noch eine Minderheit der Abgänger der obligatorischen Schulzeit eine Lehre beginnt, und
- c) den Progymnasialzug den Gymnasien - und nicht der neuen Sekundärschule - anzugliedern, damit kein Qualitätsverlust im Vergleich zum heutigen fünfjährigen Gymnasium eintritt und bereits die Progymnasiastinnen und -gymnasiasten gezielt auf die Universität vorbereitet werden

und darüber zu berichten.

Rolf Stürm, Christine Locher-Hoch, Arthur Marti, Helmut Hersberger, Emmanuel Ullmann, Markus G. Ritter, Felix Meier, Daniel Stolz, Urs Schweizer, Gianni Nanni, Ernst Mutschler, Bruno Mazzotti, Christophe Haller, Baschi Dürr, Christine Heuss, Roland Vöggtli, Christian Egeler

e) Anzug betreffend Einbezug von Privatschulen

06.5191.01

Wie gut die staatliche Einheitsschule auch immer strukturiert und organisiert wird, sie wird nicht auf alle Kinder und ihre Eltern gleichermaßen eingehen können. Aus weltanschaulichen oder anderen Gründen bevorzugen manche Familien ein Schulsystem, das zwar anerkannt, aber insofern nicht mehrheitsfähig ist, als es nur von Privatschulen angeboten werden kann und soll. Es geht in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung nicht an, Eltern aus finanziellen Gründen faktisch daran zu hindern, ihre Kinder an eine Privatschule zu schicken.

Gleichzeitig weiss die Basler FDP, dass dieses Thema zum Leidwesen zahlreicher Familien zu den ideologisch aufgeheizten Themen der hiesigen Schulpolitik zählt. Sie hofft aber, dass mit der breiten Diskussion über den neuen Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt auch die Debatte über diese Thematik entkrampft werden kann.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, zu prüfen und zu berichten,

- a) welche Bedeutung den Privatschulen in der heutigen Bildungslandschaft Basel-Stadt zukommen,
- b) wie hoch die Staatskasse dadurch entlastet wird, dass einige Kinder und Jugendliche eine Privat- statt eine Staatsschule besuchen,
- c) welche Rolle der Regierungsrat den Privatschulen künftig grundsätzlich einräumen möchte,
- d) wie mit der Neukonzeption der Basler Volksschule die Privatschulen besser eingebunden werden können und
- e) welche Massnahmen geplant werden können, um die finanzielle Doppelbelastung von Eltern zu reduzieren, die ihre Kinder an eine Privatschule schicken.

Baschi Dürr, Emmanuel Ullmann, Markus G. Ritter, Felix Meier, Daniel Stolz, Christian Egeler, Christine Locher-Hoch, Gianni Nanni, Ernst Mutschler, Arthur Marti, Urs Schweizer, Bruno Mazzotti, Peter Malama, Helmut Hersberger, Rolf Stürm, Christophe Haller, Roland Vögtli, Christine Heuss

f) Anzug betreffend Euro 08 ohne Zwangsprostitution

06.5195.01

Im Bericht Innere Sicherheit der Schweiz des Bundesamtes für Polizei (2001) wird davon ausgegangen, dass jährlich rund 1500 bis 3000 Frauen als Opfer von Menschenhändlern in die Schweiz gelangen. Anzeigen wegen Menschenhandel werden durchschnittlich nur 30 registriert, zu Verurteilungen kommt es äusserst selten. Die Dunkelziffer ist also sehr hoch.

Im Juni 2008 beginnt mit dem Eröffnungsspiel im St. Jakob Park in Basel die Euro 08. Die Fussball-EM ist gemessen an den Zuschauerzahlen nach der Sommer-Olympiade und der Fussball-WM das dritt wichtigste Sportereignis weltweit.

Grosse Sportereignisse mit vorwiegend männlichen Zuschauern führen erfahrungsgemäss zu einer grösseren Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen. Neben der freiwilligen Prostitution wird es auch Frauen geben, die als Opfer von Menschenhändlern in die Schweiz gelangen und zur Prostitution gezwungen werden.

Aus diesem Grund bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

1. wie Frauen im Sexgewerbe darüber informiert werden, wohin sie sich wenden können, sollten sie Opfer von Zwangsprostitution sein
2. wie Freier für das Thema Zwangsprostitution sensibilisiert werden und zu verantwortungsvollem Handeln motiviert werden können (vgl. Kampagne Abpiff der WM06)
3. wie die Information und Weiterbildung der involvierten Stellen (Polizei, Staatsanwaltschaft etc.) verbessert wird
4. wie mit dem Kanton Basel-Land, den Host Cities der Schweiz und Österreich aktiv zusammen gearbeitet werden kann. Die Zusammenarbeit und Koordination sollte mit den vom Bund geplanten und vorgesehenen Massnahmen erfolgen.

Die EURO 08 soll ein Fussballfest ohne Zwangsprostitution werden.

Ein Postulat mit gleichem Inhalt wird im Landrat des Kantons Basel-Land eingereicht.

Brigitte Hollinger, Michael Martig, Tanja Soland, Andrea Bollinger, Claudia Buess, Beatriz Greuter, Stephan Maurer, Eduard Rutschmann, Ernst Jost, Toni Casagrande, Roland Engeler-Ohnemus, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Jörg Vitelli, Jan Goepfert, Hans Baumgartner, Philippe Pierre Macherel, Dominique König-Lüdin, Peter Howald, Fabienne Vulliamoz, Sabine Suter, Isabel Koellreuter, Karin Haerberli Leugger, Heidi Mück, Urs Müller-Walz, Anita Lachenmeier-Thüning, Tommy Frey, Sibel Arslan, Margrith von Felten, Lukas Labhardt, Helen Schai-Zigerlig, Stephan Ebner, Rolf Stürm, Angelika Zanolari, Thomas Mall, Urs Joerg, Gülsen Oeztürk, Felix Eymann

g) Anzug betreffend Vision „Central Park“

06.5197.01

Seit dem Bau des Centralbahnhofs und der Absenkung der ganzen Anlage um 2,7 Meter anfangs des letzten Jahrhunderts werden die Basler Innerstadt und das Gundeldingerquartier durch einen grossen städtebaulichen Bruch getrennt. Die Verbindung der Innerstadt mit dem Gundeldingerquartier und die Überwindung der Gleisanlage bildet seit dieser Zeit eine grosse Herausforderung. Ein grosser Schritt zur Verbesserung konnte im Jahre 2003 mit der Eröffnung der neuen Passerelle gemacht werden. Diese ändert allerdings am Umstand nichts, dass weite Flächen

zwischen Innerstadt und Gundeldingerquartier wegen der Gleisanlagen weiterhin nicht genutzt werden können und die Verbindung Innerstadt - Gundeldingerquartier nach wie vor nicht ideal ist.

Innovative Landschaftsarchitekten schlagen nun vor, das Gleisfeld 2 beim Elsässerbahnhof wieder auf dem ursprünglichen Niveau passierbar zu machen. Durch eine Überdachung zwischen der neuen Passerelle und der Margarethenbrücke mit einer leichten Tragkonstruktion sollen rund 30'000 m² neue Grün- und Flanierflächen entstehen. Diese Idee erscheint als eine überdenkenswerte Vision und - nachdem der sog. „Masterplan“ für den Bahnhof SBB zu einem grossen Teil realisiert ist - auch eine Vision, deren Prüfung im jetzigen Zeitpunkt Sinn macht. Nach Angabe der Initianten braucht es nun die direkte Partnerschaft mit dem Kanton, damit Wünschbarkeit, Machbarkeit und Kosten konkret geklärt werden können. Es geht deshalb nun darum, dafür zu sorgen, dass die Idee sich entwickeln kann und nicht zum vorneherein als sowieso nicht machbar beerdigt wird. Hierzu ist zwingend, dass der Kanton die Federführung übernimmt und mit den zu involvierenden Kreisen, insbesondere den Initianten, den SBB als Landeigentümer und den Vertretern des Gundeldingerquartiers die nötigen Fragen vertieft klärt.

Die Unterzeichneten bitten deshalb den Regierungsrat,

- die Ziele, welche mit einer solchen Vision umgesetzt werden könnten, zu präzisieren, die Fragen der technischen und städtebaulichen Machbarkeit sowie der Kosten vertieft zu prüfen und alle weiteren nötigen Abklärungen zu treffen, welche für die Beurteilung einer Realisierung der Vision Central Park nötig sind;
- bei gesamtheitlich positivem Abklärungsergebnis alle Massnahmen zu treffen, dass die Vision Central Park umgesetzt werden kann;
- die Federführung zu übernehmen und zur Bewertung und Klärung aller sich stellenden Fragen mit den involvierten Kreisen eine spezielle Projektgruppe zu bilden.

Felix Meier, Peter Malama, Emmanuel Ullmann, Christine Locher-Hoch, Baschi Dürr, Ernst Mutschler, Daniel Stolz, Rolf Stürm, Helmut Hersberger